



WAHLPRÜFSTEINE

Die Fragen der Lebensmittel-Wirtschaft – und die Antworten der Parteien

Bad Brückenau, 23.09.2009. Die heiße Phase des Wahlkampfs hat begonnen. Jetzt ist es Zeit für die wichtigen Fragen. Die Assoziation ökologischer Lebensmittel-Hersteller (AoEL) wollte vor der Bundestagswahl wissen, welche Antworten die Parteien auf die Kernprobleme der Lebensmittel-Wirtschaft haben und hat die Vorschläge im Folgenden zusammengefasst.

1) Was wollen Sie dafür tun, dass die Lebensmittelversorgung weltweit gesichert und die anhaltende humanitäre Katastrophe des Hungers endlich behoben wird?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> * Agrarforschung für höhere Erträge * Förderung des ländlichen Raums in Entwicklungsländern * Ausbildung von Agrar-Fachkräften * Drängen auf Beseitigung von strukturellen und politischen Defizite * internationales Marktmonitoring
SPD	<ul style="list-style-type: none"> * Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf nachhaltige Landbewirtschaftung * Förderung von lokal angepassten Anbaupraktiken * Transfer von Know-How * Ablehnung von Exportsubventionen * Anerkennung von zeitlich befristeten Handelsbeschränkungen
FDP	<ul style="list-style-type: none"> * Förderung der Produktivität und Effizienz in der Landwirtschaft * internationale Zertifizierungssysteme für Biomasse * unbürokratischer Emissionshandel * Technologietransfer bei Achtung des geistigen Eigentums * Agrarforschung zur Entwicklung angepasster Pflanzen- und Tierarten * verstärkt Investitionen für Ausbau der Land- und Forstwirtschaft in Entwicklungsländern
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> * Förderung von örtlich angepasster Landnutzung * Abbau der Exportsubventionen * Implementierung von Nachhaltigkeits- und Menschenrechtskriterien für den Agrarsektor * Unterstützung der Produktion für lokale und regionale Märkte
Linke	<ul style="list-style-type: none"> * Verstärkte Förderung ländlicher Entwicklung und kleinbäuerliche Landwirtschaft * Importverbot für Agrartreibstoffe aus Entwicklungsländern * Verbot der Spekulation auf Nahrungsmittel * Abschaffung der EU-Agrarexportsubventionen * Verbot des Landkaufs in Ländern des Südens für deutsche Konzerne

2) Was wollen Sie dafür tun, dass sozial- und umweltgerechte Handelsstrukturen rund um den Globus zügig befördert werden?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> * Mitgestaltung der Standards des WTO * freiwillige Siegel für internationale Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards * Entwicklung glaubwürdiger Kennzeichnungen
SPD	<ul style="list-style-type: none"> * Durchsetzung der Regeln der WTO
FDP	<ul style="list-style-type: none"> * Unterstützung der Selbstverpflichtung von Unternehmen * Stärkung der Nationalen Kontaktstelle für Einhaltung der OECD-Leitsätze * Zertifizierungen und bessere Umsetzung des Verbraucherinformationsgesetzes * Schutz der Eigentumsfreiheit von Kleinbauern als Auftrag für die Außenpolitik
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> * Kein Verlass auf WTO. Statt dessen: Abschluss der „Doha-Entwicklungsrunde“ * Abbau der umweltschädlichen Subventionen in Landwirtschaft und Fischerei * Durchsetzung der Kernkonvention der Internationalen Arbeitskonvention (ILO)
Linke	<ul style="list-style-type: none"> * Stopp der Freihandelsabkommen zwischen EU und einzelnen Staaten bzw. Staatenblöcken * Akzeptanz von Schutzzöllen

3) Was wollen Sie dafür tun, dass stabile nationale Versorgungsstrukturen in der Ernährungswirtschaft gefördert werden?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> * Stärkung der dt. Ernährungswirtschaft durch weitere Exportoffensive * Ausbau der privatwirtschaftlichen Qualitätssicherungssysteme und Verzahnung mit staatlicher Lebensmittelkontrolle * Verbesserung der Strukturen und Marktstellung der Molkereien
SPD	<ul style="list-style-type: none"> * Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf Nachhaltigkeit * Entwicklung von effizienteren standortangepassten Bewirtschaftungsformen * Förderung der Ökologischen Landwirtschaft: 20 % der Fläche bis zum Jahr 2015 * Einrichtung von Regionalbudgets und Regionalmanagementsystemen
FDP	<ul style="list-style-type: none"> * Förderung der Produktivität und Effizienz in der Landwirtschaft * Forschungsförderung im Agrar- und Lebensmittelbereich * Vorrang für Nahrungsmittel vor der Energiegewinnung durch nachwachsende Rohstoffe * Entwicklung eines grenzüberschreitenden Wassermanagements
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> * Mit Marktregeln, Ordnungsrecht und Agrarzahungen die Landwirtschaft auf Nachhaltigkeit ausrichten: * Stärken der regionalen, handwerklichen Lebensmittelverarbeitung * Entwicklung einer gentechnikfreie Eiweißstrategie – bessere Eigenversorgung mit Futtermitteln * Abbau der Massentierhaltung
Linke	<ul style="list-style-type: none"> * kartellrechtliche Stärkung der Angebots- und Produktionsseite * Schutz der Regionalität im Rahmen der Agrarförderung und europäischer Marktordnung * ordnungsrechtliche Vorgaben

4) Was wollen Sie dafür tun, dass umweltorientiertes Wirtschaften durch Internalisierung von Umweltkosten belohnt wird und dadurch zum Wettbewerbsvorteil wird?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> * Ausbau des Emissionshandels in und außerhalb von Europa * Verwendung der Einnahmen aus Emissionshandel für den Klimaschutz
SPD	<ul style="list-style-type: none"> * Nicht: Ökosteuern und Emissionshandel * Regulierung über Ordnungsrecht: z.B. Definition von Immissionshöchstgrenzen und Pflicht zur Regeneration von Ökosystemen * Umwidmung der Subventionen für Leistungen im Gewässerschutz, Offenhaltung von Kulturlandschaften und Sicherung von Erholungsräumen
FDP	<ul style="list-style-type: none"> * Keine staatlichen Maßnahmen * Regulierung durch Forschung, Effizienzverbesserung und Innovation
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> * Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag: * Abbau umweltschädlicher Subventionen * Statt Entfernungspauschale: Mobilitätszulage * Abschaffung des Dienstwagenprivilegs * Weiterentwicklung der Lkw-Maut * Besteuerung von Brennelementen wie fossile Brennstoffe * Ende der Kohlesubventionen * Abschaffung der Stromsteuer für Strom aus Erneuerbaren Energien * ökologische Ausrichtung der Grundsteuer * Abschaffung des grünen Punkts; Initiierung von langlebigen Wirtschaftskreisläufen * Ankurbelung des Biomarkts in den Regionen * Anhebung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien * Förderprogramme für höhere Wertschöpfung in der Region * Einführung eines Nachhaltigkeitssiegels
Linke	<ul style="list-style-type: none"> * ökologische Energie- und Ressourcensteuer * Abbau umweltschädlicher Subventionen * ordnungsrechtliche Vorgaben

5) Was wollen Sie dafür tun, dass regionale Entscheidungen zur gentechnikfreie Zonen rechtsverbindlich getroffen werden können?

CDU	* Nichts. Grundlage ist gültiges EU-Zulassungsverfahren.
SPD	* Überarbeitung des EU-Zulassungsverfahrens (Berücksichtigung von Folgekosten, gesundheitliche Unbedenklichkeit, Effekte in der Natur) * Erlaubnis von gentechnikfreien Regionen (demokratisches Verfahren für Ausrufung)
FDP	* Nichts. Es gilt unternehmerische Freiheit der Landwirte.
Grüne	* schnelle Änderung des EU-Rechts: Verbindliche Ausrufung von Regionen, wenn überwiegend ökologisch bewirtschaftet ohne kommerziellen Gen-Anbau und ohne Freisetzungsversuche
Linke	* Änderung der EU-Freisetzungsrichtlinie: Zulassung von kulturpflanzenunabhängigen und dauerhaft gentechnikfreien Regionen

6) Was wollen Sie dafür tun, dass der Artenschwund nachhaltig gestoppt wird und Maßnahmen zum Aufbau der Biodiversität ergriffen werden?

CDU	* Berücksichtigung des Artenschutzes in Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft * Bundesprogramm zur Vernetzung ökologisch wertvoller Systeme, abgestimmt mit Ländern, Kommunen, Waldbesitzern und Landnutzern * Voranbringen der Übereinkunft über biologische Vielfalt bei dt. Präsidentschaft
SPD	* nachhaltige Landbewirtschaftung
FDP	* Berücksichtigung in allen Politikfeldern * Erhalt von Erbinformation in Saatgut-Genbanken oder botanischen und zoologischen Gärten * Förderung der Forschung zu Biodiversität und internationale Vernetzung
Grüne	* Berücksichtigung in allen Politikfeldern, v.a. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft * Stopp des Flächenverbrauchs * Ausstattung der „Nationalen Biodiversitätsstrategie“ mit Budgets und Fristvorgaben * Implementierung nachhaltiger Finanzierungsinstrumente auf internationaler Ebene * Freisetzung der zugesagten Gelder für globales Netz von Schutzgebieten
Linke	* Weitere Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten * Stopp der Privatisierung von Naturschutzflächen * Reduzierung des Flächenverbrauchs * Einführung eines „Bundesprogramms zur biologischen Vielfalt“ zur Umsetzung der „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“

7) Was wollen Sie dafür tun, dass das Bankenwesen soweit stabilisiert und strukturiert wird, dass es für den Mittelstand wieder ein verlässlicher Partner wird?

CDU	* Stärkung des Drei-Säulen-Bankmodells * Änderung der Rating-Vorgaben zur Sicherstellung der Kreditvergabe für den Mittelstand * Staatliche Förderinstrumente: Fortführung von ERP-Programmen, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Kreditanstalt für Wiederaufbau
SPD	* siehe Finanzstabilisierungsgesetz: 480 Mio. € sind Banken zur Verfügung gestellt in Form von Garantien, Rekapitalisierungshilfen und Übernahme von Risikopositionen * striktere Regeln für Markt- und Finanzregulation – gegen Spekulationsblasen
FDP	* Wiederbelebung von schwächelnden Banken, dann Rückzug des Staates * Weniger, aber effizientere Regelungen für Finanzmarkt * effizientere Bankenaufsicht
Grüne	* Stärkung einer dezentralen Bankstruktur (Sparkassen, genossenschaftliche Kreditinstitute) * Verstaatlichung maroder Banken * Überarbeitung von Basel II, um prozyklische Wirkung zu vermeiden
Linke	* konsequente Verstaatlichung von maroden Banken * Grundlegende Reform des Finanzsektors für Finanzierung von Unternehmensinvestitionen * Verbot von destabilisierenden Bankpraktiken wie Kreditverbriefungen und Zweckgemeinschaften ohne Eigenkapital

8) Was wollen Sie dafür tun, dass Forschungsgelder endlich konsequent für eine nachhaltige Ausrichtung der Nahrungsmittel-Produktion investiert werden?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> * Innovations- und Qualifizierungsoffensive für die gesamte Wertschöpfungskette * Stärkung der Agrarforschung und Ausbildung * Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in Lebensmittel-Forschung
SPD	<ul style="list-style-type: none"> * Keine Mittelzusage, aber: * Bessere Vernetzung der universitären und außeruniversitären Forschung sowie der Praxis * Bessere Abstimmung der Forschungsförderung von Landwirtschafts-, Forschungs- und Umweltministerien mit Schwerpunkt nachhaltige Landwirtschaft
FDP	<ul style="list-style-type: none"> * weltweite Stärkung der Agrarforschung für Steigerung der Produktivität, u.a. durch moderne Landtechnik, wassersparende Bewässerungssysteme * Entwicklung von Strategien zur Schädlingsbekämpfung * Deutliche Verbesserung für Rahmenbedingungen des ökologischen Landbaus
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> * Deutlicher Ausbau der Forschungsförderung für ökologische Lebensmittelerzeugung, siehe Antrag der jetzigen Legislaturperiode (von Koalition abgelehnt) * Etablierung des Bundesprogramms Ökolandbau als permanentes Programm * Ausbau des „Johann Heinrich von Thünen-Instituts“ für Ökolandbau * Verstärkung der interdisziplinären Forschung für ökologische Lebensmittel-Herstellung
Linke	<ul style="list-style-type: none"> * Abzug der Gelder für Forschung in Agro-Gentechnik * Umwidmung der Gelder für ökologisch ausgerichtete und angewandte Agrarforschung * Schwerpunkte Klimawandel, soziale und ökologische Folgen der unregulierten Globalisierung, Ernährungssicherung

9) Was wollen Sie dafür tun, dass die Bürger von Klein auf den Wert von Lebensmitteln und gesunder Ernährung zu schätzen lernen?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> * Einführung von Lebensmittel- und Ernährungskunde als verbindlicher Bestandteil der Lehrpläne * Bereitstellen von Materialien zur Ernährungsaufklärung für alle Alterstufen * verstärkte Ernährungsforschung zur Aufstellung von Präventionsprogrammen * Gewährleistung von Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in allen öffentlichen Einrichtungen * Weiterführung von Schulmilch- und Schulobstprogrammen * Weiterentwicklung der Initiative „IN FORM für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ * Ausbau von Ernährungsinitiativen
SPD	<ul style="list-style-type: none"> * siehe Nationaler Aktionsplan mit 15 Mio. € bis 2010 zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und Folgekrankheiten * Vermittlung und praktische Einübung von Ernährungswissen in Kindergärten und Schulen * Gesundes Mittagessen für alle Kinder (flächendeckende Betreuung bis 2013) * Verlässliche Kennzeichnungssysteme: Ampelkennzeichnung sowie Informationen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft
FDP	<ul style="list-style-type: none"> * Stärkung von Eigeninitiative und Wettbewerb * Informations- und Aufklärungskampagnen in Kindergärten und Schulen
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> * gesunde Schul- und Kita-Verpflegung * Fort- und Ausbildung von Lehr- und Erziehungskräften * Vermittlung von Ernährungswissen an der Schule: Modernisierung der Schulküchen * Festlegung von Fairtrade- und Bioprodukten in Kantinen * Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln
Linke	<ul style="list-style-type: none"> * Thematisierung von Ernährung in Kitas, Schulen und Berufsschulen * flächendeckender Ausbau von VerbraucherInnenbildung * Zugang für gesundes Essen für alle: kostenloses Schulessen und bessere Sozialpolitik